

Rat der Stadt Köln 55. Sitzung vom 12. Februar 2004

**11.1 Beschluss über Anregungen, Änderungen
sowie Satzungsbeschluss betreffend
den vorhabenbezogenen Bebauungsplan-
Entwurf Nr. 70 477/11
Arbeitstitel: „Mülheimer Hafen – Wohnen am Strom“**

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr
Detjen.

Jörg Detjen (PDS): Also, Herr Streitberger, das
Forum wird auf März vertagt und das Verkehrsgutachten
gibt es nicht. Trotzdem beschließen
Sie diese Sachen hier. Das finde ich brilliant,
muss ich sagen. Wir werden dem nicht zustimmen.

(Karl Klipper [CDU]: Das kann ich mir
sowieso vorstellen! – Zurufe von Bündnis
90/Die Grünen)

Warum habt ihr Grünen eigentlich eine so große
Klappe?

(Lachen und Zurufe bei den Grünen)

Das verstehe ich überhaupt nicht.

(Ralph Sterck [FDP]: Das ist
Pfeifen im dunklen Keller!)

Das ist doch das Projekt, gegen das ihr die ganze
Zeit seid und eine große Lippe riskiert habt.
Jetzt werdet ihr niedergemacht. Aber ihr macht
heute Abend alles mit, was so durchgezogen
werden soll. Deswegen kann man doch keine so
große Klappe haben.

(Beifall bei Sengül Senol [PDS]
– Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Erzähl
doch keinen Scheiß!)

Ich erzähle überhaupt keinen Scheiß! Frau Moritz
hat doch einen sehr treffenden Ausdruck für
dieses Bauprojekt gebracht. Sie hat es als Trutzburg
bezeichnet, lieber Jörg Frank, und gesagt,
dass sie eigentlich dagegen ist.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Es ist ja gut, dass sie dagegen ist! Deshalb
ist sie auch nicht gekommen!)

Das hat sie auch in der Bürgerversammlung mitgeteilt.
Auch Frau Höhn spricht sich gegen dieses Projekt
aus. Ihr aber hebt jetzt fein euer Händchen.
Das ist doch der Vorgang. Dann muss man hier
doch nicht auch noch eine große Klappe haben,
sondern ganz still und ruhig sein und dann entsprechend
abstimmen.

(Beifall bei Sengül Senol [PDS])

- Ralph Sterck [FDP]: Das sind keine Ökotalinisten!
- Dietmar Reppen [FDP]: Umgefallen, Herr Detjen!
- Zuruf von Bündnis 90/Die Grünen: Sie sollten einmal nachdenken!)

Natürlich müssen wir nachdenken. Wenn Bundesgesetze geändert werden, meine Damen und Herren, wenn der gesamte Hochwasserschutz in drei, vier Monaten völlig anders gefasst wird, Sie aber trotzdem einen solchen Beschluss fassen, dann ist doch ganz klar, dass die Leute verunsichert sind, dass sie sauer sind.

Im Übrigen ist doch auch bekannt, dass die Bürgerinitiative klagen wird, dass die Bürgerinitiative bereits 20 000 Euro gesammelt hat und gegen die Stadt vorgehen wird. Dann werden wir ja sehen. Bitte, dann machen Sie das! Ich kann Ihnen dann nur sagen: Viel Spaß mit KABA-fit! – Danke schön.

(Beifall bei Sengül Senol [PDS])

– Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt Dinge, die muss man aushalten!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Frau Loida und Herr Dr. Heydrich. – Frau Loida bitte. Vom Platz?

(Josef Müller [CDU]: Frau Loida, jetzt sagen Sie aber bloß Ja!)

Ulrike Loida (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben vor einigen Stunden über Eingaben und Diskussionsbeiträge von Attac sowie über die weitere Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Da wir nach Einschätzung der SPD-Fraktion dadurch eine neue Sachlage haben, dass Frau Ministerin Höhn äußerste Bedenken äußert, was dieses Bauvorhaben anbelangt, und da sich dieser eine Punkt als sehr massiver Diskussionspunkt vor Ort durch die gesamten Diskussionen durchgezogen hat, möchten wir Sie auch jetzt bei dem Beschluss über den Bebauungsplan bitten, wie schon in der letzten Ratssitzung zum Flächennutzungsplan, eine Diskussionsveranstaltung vor Ort durchzuführen und dieses aufzunehmen. Ich denke, dass die Bürgerinnen und Bürger vor Ort dadurch, dass jetzt auch diese klare Äußerung der Ministerin vorliegt, weiterhin die Befürchtung haben, dass sie an dieser Entscheidung nicht teilhaben sollen. Ich finde, wir sollten so nicht vorgehen. Wir sollten jetzt, nachdem diese Entscheidung der Ministerin vorliegt und die Bedenken massiv vorgetragen worden sind, dies offen diskutieren und uns mit den Bürgerinnen und Bürger auseinandersetzen. Sie wissen – das haben wir in der letzten Ratssitzung auch gesagt –, dass wir nicht prinzipiell gegen dieses Bauvorhaben sind. Aber hier ergeben sich meiner Ansicht nach offene Fragen, zumindest was die auf Landesebene ausgesandten

Signale anbelangt. Ich kann mich nur wundern, dass seitens der Verwaltungsspitze dazu im Rat nicht Stellung genommen wird. Denn das ist ja ein neuer Sachverhalt, der heute hier kommuniziert worden ist.

Wir möchten Sie bitten: Schieben Sie diese Vorlage – das verschlägt nichts – ein weiteres Mal und berufen Sie unmittelbar eine Diskussionsveranstaltung vor Ort ein, damit wir das wirklich noch mal im Detail diskutieren können! Wir können dann in der nächsten, spätestens übernächsten Ratssitzung über das Projekt abschließend entscheiden.
(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Die Verwaltung kann sehr wohl etwas dazu sagen. Ich habe selbst mit der Ministerin gesprochen. und Herr Streitberger kann auch aus seiner Sicht zu dem Vorhaben Äußerungen machen. Herr Streitberger bitte.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Loida, in der Tat kann man dieses Bauvorhaben ja kritisch sehen. Das muss man deutlich sagen. Das ist dort eine relativ intensive Bebauung in einer wunderbaren Lage. Ich hoffe, dass es ein Beitrag ist für die Entwicklung des Stadtteils. Ich glaube, das ist ganz wichtig, und ich sehe, dass dazu Chancen bestehen. Aber natürlich hat der heutige Beschluss einen langen Vorlauf.

Wir haben dort ein Sanierungsgebiet. Es hat eine sehr intensive Bürgerbeteiligung im Sanierungsverfahren gegeben. Und selbstverständlich hat es auch alle Schritte der Bürgerbeteiligung im Bebauungsplanverfahren gegeben. Selbstverständlich sind die Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils an diesem Projekt im Rahmen des Bauleitplanverfahrens beteiligt worden, sowohl in der vorgezogenen Bürgerbeteiligung als auch in der Offenlage. Insofern darf man jetzt nicht so argumentieren, als sei das sozusagen ein völlig neues Projekt.

Den Brief der Ministerin kenne ich. Dieser Brief bestätigt ganz eindeutig, dass dies eine Angelegenheit der kommunalen Selbstverwaltung ist.

Das ist das, was Sie aus diesem Brief eindeutig herauslesen können: Es ist eine Angelegenheit, die in diesem Raum hier entschieden wird. Sie haben daher die Kompetenz, das zu entscheiden. Ich möchte Sie nur darum bitten, das auch so zu entscheiden.

Es gibt vonseiten des Landes – das hat die Ministerin in ihrem Brief deutlich bestätigt – sozusagen keine substantiierten Inhalte, die gegen das Projekt sprechen. Wenn die Frau Ministerin sich persönlich dagegen ausspricht, ist das etwas anderes.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Jetzt habe ich Wortmeldungen von Herrn Dr. Heydrich, Herrn Klipper und Frau Kirchmeyer.

Dr. Jürgen Heydrich (Die Republikaner): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe gestern das Schreiben der Frau Ministerin Höhn erhalten, die wirklich nicht meine große Liebe ist, die aber ein klares Deutsch schreibt. Auch das, was Sie, Herr Beigeordneter, soeben gesagt haben, waren für mich noch keine endgültigen Antworten. Mit Genehmigung des Herrn Oberbürgermeisters darf ich deswegen ein ganz kleines Stück aus dem Brief zitieren. Wenn wir jetzt dafür stimmen sollen, dann müsste, meine ich, der Herr Beigeordnete zumindest darauf eine befriedigende Antwort geben, unbeschadet dessen, dass die Angelegenheit natürlich – das leuchtet mir ein – in der Entscheidungsfreiheit der Kommune liegt. Die Frau Ministerin schreibt Folgendes. Und das schreibt sie doch nicht – Herr Streitberger, wie können Sie das sagen? – als Privatfrau, sondern sie schreibt das für das Ministerium, unter „Die Ministerin“. Wie können Sie also sagen, das sei eine persönliche Meinung von Frau Höhn? Verzeihen Sie! Ich zitiere diesen kleinen Absatz:

Eine solche Lösung ist nicht nachhaltig.

– Ich weiß, was nachhaltig ist. Das ist zwar ein Ausdruck der Grünen, aber wir verstehen, was gemeint ist.

Die Probleme mit den Wohnungseigentümern sind vorprogrammiert. Es wird...

– und jetzt kommt es –

... die Forderung aufgestellt werden, die Garage hochwasserfrei zu gestalten. Außerdem werden Schadenersatzforderungen kommen.

Das, was Sie, Herr Beigeordneter bisher gesagt haben – vielleicht haben Sie bisher nur begrenzte Kenntnisse aus dem Bau- und Verkehrsausschuss –, war keine Antwort auf diese Meinung, die – verzeihen Sie – keine persönliche Meinung von Frau Höhn ist, sondern die Meinung des Ministeriums.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Kann Herr Streitberger vielleicht kurz etwas dazu sagen?

Beigeordneter Bernd Streitberger: Ich würde gern noch mal etwas dazu sagen. Herr Dr. Heydrich, Sie sehen auch aus der Passage, die Sie zitiert haben, ganz eindeutig, dass keine Rechtsvorschriften diesem Vorhaben entgegenstehen. Der einzige Vorbehalt, der gemacht wird, ist, dass die Vorhaben nicht nachhaltig seien. Darüber

gibt es sehr viele unterschiedliche Auffassungen, aber man kann diese Auffassung haben; das kann ich erkennen. Aber das ist kein Rechtstatbestand, der das Ministerium in irgendeiner Weise in die Lage setzen würde, etwas Substantiiertes gegen dieses Projekt vorzutragen. Es ist ein Projekt, das in die Planungshoheit der Gemeinde, in diesem Fall der Stadt Köln, fällt, und die Stadt Köln muss entscheiden, ob sie dieses Projekt haben will oder nicht. Es ist völlig klar, dass hier nicht gegen das Landeswassergesetz oder das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes verstoßen wird, dass die Hochwasserschutz-Richtlinien berücksichtigt werden, dass das 200-jährige Hochwasser eingerechnet ist. Die Ministerin schreibt, dass es möglicherweise, wenn in einem Hochwasserfall die Garage, auf der diese Gebäude stehen, geflutet werden muss, dann zu Verschmutzungen und gegebenenfalls zu Schäden kommen kann. Das ist aber eine völlig privatrechtliche Verantwortung zwischen dem Eigentümer oder dem Veräußerer des Gebäudes und dem Erwerber. Das ist keine Angelegenheit zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Köln und auch keine Angelegenheit zwischen der Stadt Köln als Planungsträger und dem Vorhabensträger, sondern das fällt in das Risiko des Vorhabensträgers. Das wird auch jede Versicherung dem Vorhabensträger sicherlich gern bescheinigen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Vielen Dank, Herr Streitberger. – Herr Klipper.

Karl Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich glaube, die SPD hat hier nicht den richtigen Ansatz gefunden. Wir hatten diese Vorlage im Stadtentwicklungsausschuss. Dort gab es schon mal eine Fristeinrede. Diese haben wir dann beseitigt und damals, als Verfahren übrig geblieben sind, hat Herr Zimmermann als Ihr Vertreter im Stadtentwicklungsausschuss der Lösung dieser Vorlage zugestimmt. In der Zwischenzeit haben wir eine Informationsveranstaltung mit den Bürgern durchgeführt, in der Ihre Partei, meine Partei, die FDP und die Grünen anwesend waren und alle diesbezüglichen Fragen noch mal beantwortet wurden. Wenn Sie sagen, Frau Loida, heute, aufgrund des Schreibens der Ministerin, sei es erforderlich, Fragen noch mal zu beantworten und noch einmal darüber zu diskutieren, so möchte ich doch mal aus dem Brief zitieren, der mir genauso vorliegt wie Ihnen und in dem es heißt:

*Das Vorhaben liegt im festgesetzten
Überschwemmungsgebiet des Rheins.
Der Verlust des mit der Bebauung verlorenen
Überschwemmungsvolumens
muss ausgeglichen werden.*

Dies ist zu hundert Prozent ausgeglichen. Es gibt

keine Einschränkung im Retentionsraum. Also eine Selbstverständlichkeit, die im Rahmen des Bebauungsplans beachtet werden musste. Die Stadt Köln plant den Ausgleich in Form einer flutbaren Garage im Vorhaben selbst. Dieses Vorgehen erweckt meine Bedenken. Die Fläche liegt im fünfjährigen Überschwemmungsgebiet. Das heißt, durchschnittlich alle fünf Jahre wird die Garage vom Rhein überflutet und ist somit nicht nutzbar. Nicht entfernte Autos sind unbrauchbar, Kontamination des Wassers damit verbunden. Nach dem Hochwasser ist die Garage entsprechend verdreckt. Eine kostenträchtige intensive Reinigung muss sofort durchgeführt werden, da ansonsten der Rheinschlamm eintrocknet. Meine Damen und Herren, ich wohne seit 50 Jahren im Überschwemmungsgebiet. Bei mir läuft bei einem Kölner Pegel von 8,80 die Garage voll. Daneben haben wir eine Tiefgarage von AXA Colonia, in der 400 Autos untergebracht sind. Jedes Mal wird diese Garage geflutet, aber es ist noch nie ein Auto abgesoffen, es ist noch nie eine Kontamination passiert – bei 400 Autos! Und zum Rheinschlamm kann ich Ihnen sagen: Jeder, der am Rhein wohnt, weiß genau: Den beseitigt man, solange er noch feucht ist und nicht, wenn er erst mal eingetrocknet ist. Also dieser Satz, meine Damen und Herren, zeugt von der Hilflosigkeit von Frau Höhn, und es bedarf diesbezüglich auf keinen Fall einer weiteren Verschiebung.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch auf den letzten Punkt eingehen: Eine solche Lösung ist nicht nachhaltig. Die Probleme mit den Wohnungseigentümern sind vorprogrammiert. Es wird die Forderung aufgestellt werden, die Garagen hochwasserfrei zu gestalten. Außerdem werden Schadenersatzforderungen kommen. Auch diesbezüglich kann man sagen, dass das Haus, von dem ich soeben gesprochen haben, die AXA Colonia, die es verkauft hat, 270 Eigentumswohnungen umfasst. Es hat in dem ganzen Bereich noch nie Probleme gegeben. Also bei einem Bauvolumen von 50 oder 60 Eigentumswohnungen, seien Sie mir nicht böse, meine Damen und Herren: Dieser Brief von Frau Höhn und sein Inhalt geben überhaupt keinen Anlass, noch Fragen zu stellen oder dieses Objekt noch mal zu verschieben. Ich bin der Meinung, nach der letzten Verschiebung sollten wir heute entscheiden. Ich glaube, das ist rechtlich geboten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Vielen Dank, Herr Klipper. – Frau Kirchmeyer noch.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister!
 Meine Damen und Herren! Ich begleite
 dieses Projekt seit mehr als 15 Jahren, seit
 Anbeginn, wo festgestellt und geplant worden ist,
 dass dort gebaut werden soll. Es gab einen Architektenwettbewerb.
 Es waren von Anfang an
 Bürgerbeteiligung und Bürgerinformation gegeben.
 Wenn Sie sich die Einsprüche, die hier in der
 Anlage vermerkt sind, einmal anschauen: Dort
 wird kaum von Hochwasser gesprochen. Es heißt
 dort: Die vorgelegte Planung passt nicht ins
 Stadtbild; der Bereich Deutz-Mülheimer Straße
 leidet bereits unter Parkplatzmangel; durch die
 Tieferlegung der Parkgarage wird bleiverseuchter
 Boden aufgerissen; während der Bauzeit ist mit
 Baustellenlärm und Erschütterungen zu

(Karl Klipper [CDU]: Oh Gott, Hilfe!)

– das habe ich nicht nur einmal gelesen, aber
 Baustellen haben so etwas an sich; wir erinnern
 hier einmal an die Baustelle Rathaus –;

(Ralph Sterck [FDP]: In der Bezirksvertretung
 wurden hochwassersichere
 Fahrradabstellplätze gefordert! Das ist
 bezeichnend! Das ist Realsatire!)

eine weitere Luftverschlechterung durch zusätzlichen
 Kfz-Verkehr ist aufgrund der Abgasbelastung
 nicht akzeptabel. Das geht dann so weiter.
 Es kann einfach nicht wahr sein. Die Geschäftsleute
 in Mülheim setzen auf dieses Bauprojekt,
 allein schon wegen der Aufwertung der Frank-
 furter Straße. Ich erinnere in diesem Zusammenhang
 an die Frankfurter Straße,

(Karl Klipper [CDU]: Ökoterror!)

die langsam aber sicher – ich will nicht sagen:
 den Bach hinuntergeht – wo aber die Geschäfte
 teilweise leer stehen und sich auflösen.
 Auch die Mülheimer Bevölkerung ist überwiegend
 für die Bebauung, auch wenn es noch nicht möglich
 ist, den WDR-Teil mit zu bebauen, weil dem
 WDR dort ein Bestandteil für viele Jahre fest zugesagt
 ist. Wir sollten endlich mal im Sinne Mülheims
 beschließen und heute diese Vorlage
 durchziehen.
 (Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Vielen
 Dank, Frau Kirchmeyer. – Frau Loida, bitte.

Ulrike Loida (SPD): Danke, Herr Oberbürgermeister.
 Wir haben diesen Brief jetzt fast komplett vorgelesen.
 Das hätten wir auch anders haben können,
 wenn uns die Verwaltung eine Stellungnahme
 zu den einzelnen Absätzen gegeben hätte.

(Karl Klipper [CDU]: Sie hätten
 ihn auch selber lesen können!)

Meine Frage richtet sich leider, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf eine Stelle, die Sie noch nicht vorgelesen haben, und zwar auf den letzten Satz. Ich versuche ihn einfach mal inhaltlich wiederzugeben; ich muss ihn vielleicht nicht vorlesen.

(Karl Klipper [CDU]: Lesen Sie ihn einfach vor! Dann brauchen Sie ihn nicht zu interpretieren!)

Es geht darum, dass die Frau Ministerin aufgrund der Gesamtsituation vor dem Hintergrund der neuen Diskussion über Hochwasserschutz davon ausgeht, dass auf die Stadt – und das möchte ich gern beantwortet haben – gegebenenfalls Schadenersatzansprüche seitens der Wohnungseigentümer zukommen könnten.

(Karl Klipper [CDU]: Das habe ich doch schon vorgelesen!)

Viele wissen, wo sie hingezogen sind, und bekommen dann trotzdem eine Grundstückswertminderung am Flughafen. Aber Gesetze machen wir hier Gott sei Dank noch nicht; dazu gibt es immer noch eine Gewaltenteilung.

Es gibt also eine negative Signalwirkung, die wir damit in der Diskussion des Hochwasserschutzes auslösen würden. Ich möchte von der Verwaltung klipp und klar gesagt haben, dass keinerlei Schadenersatzansprüche, wie sie hier angesprochen werden, auf uns zukommen können. Und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sehen wir als SPD-Fraktion, Frau Kirchmeyer, unabhängig davon, wie sie sich äußern, was sie äußern, sondern wir haben schon die Auffassung, ob es uns passt oder nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger vor Ort die Möglichkeit haben sollten, sich noch einmal zu äußern. Das war unser Ansatz.

Wir haben auch – und das wissen auch alle Beteiligten – in Person unseres stadtentwicklungspolitischen Sprechers Michael Zimmermann in der Versammlung selbst richtig gegengehalten, kann ich Ihnen sagen – ganz im Gegensatz zu vielen anderen Menschen dort, die auch hier im Rat politisch vertreten sind. Von daher null Vorwurf an uns! Wir wollen nicht verzögern oder so, sondern wir wollen den Betroffenen vor Ort lediglich noch einmal die Möglichkeit geben, ihre berechtigten Bedenken zu äußern.

Dass wir für das Projekt sind, haben wir schon länger gesagt.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke, Frau Loida. – Herr Streitberger bitte.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Frau Loida, ich kann Sie in vollem Umfang beruhigen, in vollem Umfang! Es handelt sich um ein Bebauungsplanverfahren, in dem alle diese Dinge klar und

deutlich angesprochen worden sind. Das steht im Plan drin, und insofern sind Schadenersatzansprüche gegen die Stadt Köln nicht zu realisieren.

Was ich Ihnen nicht zusagen kann, ist, dass nicht trotzdem solche Ansprüche gestellt werden.

Denn in dieser Frage sind die Bürgerinnen und Bürger frei.

Das ist natürlich eines der Kernthemen bei diesem Bebauungsplanverfahren gewesen. Das ist ja der Grund, warum wir Bebauungspläne machen, damit wir diese Dinge, die wir vorher in Gänze und auch im Zusammenhang erkennen, regeln. Und das ist hier geregelt.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herzlichen Dank für diese Auskunft. Ich denke, damit ist einiges, was vielleicht unklar war, jetzt aber auch geklärt.

Ich komme zur Abstimmung, meine Damen und Herren.

Wer für die Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen.

– Gegenstimmen?

– Gegen die PDS.

Enthaltungen gab es dann keine mehr.

Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Vielen Dank.